

■ Sturm und Drang und Sarrazin

Viel Staub hat Thilo Sarrazins Buch »Deutschland schafft sich ab« aufgewirbelt, viele Emotionen, viel Irrationalität und vor allem hohe Verkaufszahlen mit sich gebracht. Carolin Dorothée Lange vom Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung hat sich in einem Arbeitspapier (MPIfG Working Paper 11/9) nun anhand der Rezeption des Sarrazin-Buches in öffentlichen Foren (Online-Rezensionen bei Amazon u. a.) mit dem Wesen des Bestsellers auseinandergesetzt. Es ging ihr darum, herauszufinden, »(...) ob es tatsächlich um das Buch geht oder nicht viel eher um das Treffen eines Nervs.« Dabei geht sie davon aus, dass die Reaktion auf das Sarrazin-Buch als Symptome einer bürgerlichen Unzufriedenheit aufzufassen sind, deren Ursprung und Ursache woanders liegen. Als Ergebnis hält die Autorin fest, dass die Themen wie Integration oder Demografie nur eine untergeordnete Rolle bei der Wahrnehmung des Buches spielen. Die Rezessenten würden diese Schlagworte zwar aufgreifen, dann aber ganz schnell zu Dingen übergehen »(...) die sie offenbar schon immer einmal loswerden wollten, wie sie selbst häufig betonen«. In den Diskursen gehe es um mehr als Integrations- oder Sozialpolitik; die Teilnehmer würden viel mehr Grundannahmen über ihre Lebenswelt enthüllen. Und das Faszinierende an der Diskussion, so die Autorin: Die wichtigsten Topoi und Deutungsmuster gleichen frappierend denen des Sturm und Drang mit seiner Elitenkritik und Unzufriedenheit.

MEHR INFOS:

<http://www.mpiwg.de/>

■ Arbeitszeiten in der EU

Die Zahl der Wochenarbeitsstunden sinkt im EU-Durchschnitt weiter. Dies ist eine Folge davon, dass mehr Menschen in Teilzeit arbeiten, weniger Überstunden geleistet werden und in vielen Ländern tarifvertraglich generelle Arbeitszeitverkürzungen ausgehandelt wurden. Dies stellt die Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen in ihrer aktuellen Veröffentlichung »Working time in the EU« fest. Die Norm für die meisten

Europäer ist eine 5-Tage-Woche mit 40 Wochenarbeitsstunden. Seit 2004 haben flexiblere (gleitende) Arbeitszeiten an Bedeutung gewonnen, wodurch sich die Zufriedenheit sowohl der Arbeitnehmer als auch der Arbeitgeber erhöht hat. Im Grunde wird von der deutlichen Mehrheit der Erwerbstätigen eine zufriedenstellende Balance zwischen Arbeits- und Privatleben gefunden. Anders sieht es bei Selbständigen aus: Sie arbeiten in der Regel mehr als 48 Stunden in der Woche und haben deutlich größere Schwierigkeiten, diese Balance herzustellen. Die Studie gibt einen ausführlichen Überblick über die Arbeitszeitentwicklung in der EU, den einzelnen Mitgliedstaaten und die Hintergründe der Entwicklung.

MEHR INFOS:

<http://www.eurofound.europa.eu>

■ Glückliche Künstler

Kunst mag brotlos sein – aber sie macht glücklich, glücklicher als andere Berufe. Dies zeigt eine Auswertung von Umfragedaten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung. Die Wissenschaftler Lasse Steiner und Lucian Schneider der Universität Zürich, die die Daten ausgewertet haben, kommen zu dem Schluss, dass die Ursachen für die höhere Zufriedenheit der Künstler in der Selbstbestimmtheit und Vielseitigkeit und der »prozedurale« Charakter der künstlerischen Berufe liegen. Dafür nehmen sie dann wohl auch ihre geringeren Verdienste in Kauf, ihnen ist Einkommen deutlich weniger wichtig als anderen Erwerbstätigen. Noch erstaunlicher: Sie arbeiten für das weniger Geld dann auch noch deutlich mehr und sind glücklicher, je mehr sie arbeiten. Die Studie wurde nicht unter dem Titel Anleitung zum Glücklichsein sondern unter dem Titel »The happy artist? An empirical application of the work-preference model« als SOEPpaper 430 veröffentlicht.

Im Sozio-oekonomischen Panel (SOEP) geben die Befragten auf einer Skala von 0 (ganz und gar unzufrieden) bis 10 (ganz und gar zufrieden) u. a. an, wie zufrieden sie mit ihrer Arbeit sind. In die Studie flossen Angaben von insgesamt 28.000 berufstätigen Menschen ein, darunter mehr als 300 Künstler. Die Daten wurden zwischen 1990 und 2009 erhoben.

MEHR INFOS

http://www.diw.de/de/diw_01.c.369051.de/soepapers.html

■ DAK-Gesundheitsreport 2011

Mit dem vom Berlin IGES Institut erstellten Gesundheitsreport 2011 setzt die DAK ihre jährliche Berichterstattung zum Krankenstand ihrer Versicherten fort. Eine wesentliche Erkenntnis der Auswertung des Krankenstandes ist, dass trotz der guten Konjunktur und einem hohen Beschäftigungsstand 2010 der Krankenstand bei den DAK-Versicherten bei 3,4 Prozent lag. Er lag damit auf dem Niveau des Vorjahrs. Offenbar hängt der anhaltend niedrige Krankenstand nicht alleine von Konjunkturzyklen ab, wie häufig behauptet wird.

Die DAK hat die jungen Erwerbstätigen in den Mittelpunkt des Gesundheitsreports 2011 gestellt. DAK Vorstandsvorsitzender, Prof. Herbert Rebscher, begründet dies damit, dass die sog. prekären Arbeitsverhältnisse überproportional viele junge Erwerbstätige, die erst am Anfang ihres Berufslebens stehen, treffen. Der Report untersucht deshalb die Fragen, wie gesund junge Arbeitnehmer angesichts dieser Rahmenbedingungen sind, welchen Risiken sie ausgesetzt und welches Gesundheitsverhalten sie zeigen. Hierzu wurden neben den Daten der ambulanten Behandlung auch die Krankschreibungen sowie die Arzneimittelverordnungen von der DAK ausgewertet. Eine repräsentative Befragung junger Erwerbstätiger sowie Einschätzungen namhafter Experten komplettieren die Untersuchung.

MEHR INFOS:

http://www.dak.de/content/filesopen/Gesundheitsreport_2011.pdf

■ »Bündnis für GUTE PFLEGE« gegründet

Zehn Organisationen, bestehend aus DGB, Ver-di, AWO, VZBV, SovD und weiteren Organisationen- haben Mitte Februar das neugegründete »Bündnis für GUTE PFLEGE« vorgestellt. Ziel der Initiatoren ist es, die Situation der Pflegebedürftigen sowie von pflegenden Menschen in Deutschland zu verbessern. Auch die Situation der Beschäftigten im Pflegebereich soll verbessert werden. Gefordert werden hier werden bessere

Personalbemessungen und Ausbildungsbedingungen, eine familienfreundliche Arbeitsplatzgestaltung und deutlich höhere Einkommen für die Beschäftigten in der Pflege. Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Verpflichtung zur ortsüblichen Entlohnung für Pflegepersonal nicht zu kippen. Darüber hinaus fordert das Bündnis eine solidarische und paritätische Finanzierung der Pflegeversicherung.

MEHR INFOS:

<http://www.buendnis-fuer-gute-pflege.de/>

■ Arztreport 2012 der BARMER GEK

In seiner Report-Reihe hat die BARMER GEK nun auch den Arztreport 2012 veröffentlicht. Schwerpunktkapitel der aktuellen Ausgaben ist das Thema Kindergesundheit. Grundlage der Auswertungen und Analysen des Instituts für Sozialmedizin, Epidemiologie und Gesundheitssystemforschung (SEG) sind die pseudonymisierten Daten von 8 Millionen Versicherten der BARMER GEK. Dargestellt werden Ergebnisse zur allgemeinen und fachärztlichen Inanspruchnahme in der ambulanten Versorgung, zur Inanspruchnahme von U-Untersuchungen, zu klassischen Kinderkrankheiten sowie zu einigen ausgewählten Diagnosen. Vorrangig werden Kinder aus den Altersgruppen von 0 bis 14 Jahren betrachtet. Danach wird mittlerweile bei jedem dritten Kind im Vorschulalter eine Sprachentwicklungsstörung festgestellt. Bundesweit liegt der Anteil an Kindern mit Sprech- und Sprachstörungen bei 10,3 Prozent. Insgesamt sind innerhalb eines Jahres 1,12 Millionen Kinder zwischen 0 und 14 Jahren betroffen. Dabei fallen die Diagnoseraten bei Jungen durchgängig höher aus: Im sechsten Lebensjahr kommen sie auf einen Anteil von rund 38 Prozent, Mädchen auf 30 Prozent. Ein ähnliches Bild zeigt sich bei der Behandlung: 20 Prozent aller fünfjährigen Jungen erhalten eine Logopädie-Verordnung, dagegen nur 14 Prozent der gleichaltrigen Mädchen.

Die Jungen sind auch von Aufmerksamkeitsdefizit-Hyperaktivitätsstörungen (ADHS) stärker betroffen: So geht mittlerweile jeder zehnte neunjährige Junge zum Neurologen oder Psychia-

ter (9,6 Prozent). 60 Prozent davon mit der Diagnose ADHS. Zum Vergleich: Bei den neunjährigen Mädchen sind es sechs Prozent, davon rund 40 Prozent mit ADHS-Diagnose.

MEHR INFOS:

www.barmer-gek.de

■ Zahlungsausfälle bei ärztlichen Privateleistungen

Im Auftrag der Stiftung Gesundheit hat die GGMA Gesellschaft für Gesundheitsmarktanalyse die Studie »Ärzte im Zukunftsmarkt Gesundheit 2011« erstellt. Schwerpunktthemen der aktuellen Studie waren das Praxismarketing von niedergelassenen Ärzten und die Abrechnung von Privateleistungen. Hinsichtlich des Marketings ist der Anteil der Befürworter von Marketing-Aktivitäten mit etwa 50 Prozent im Vergleich zu den Vorjahren gleich geblieben. Der Anteil der Gegner ist allerdings gestiegen, so dass die Autoren zur Schlussfolgerung kommen, »dass viele Ärzte ihre Praxis eher konservativ führen und eine systematische Kommerzialisierung ablehnen. Wichtigste Marketing-Maßnahme ist nach wie vor das Internet.

Die Hälfte aller niedergelassenen Ärzte hat gelegentlich Zahlungsausfälle bei Selbstzahlleistungen. Das Volumen der Forderungsausfälle liegt laut Studie jährlich im vierstelligen Euro-Bereich. In Bezug auf die Praxiseinnahmen im Selbstzahlerbereich sind dies »relevante Größen«, in Relation auf den Gesamtumsatz aber nicht bedeutsam. Mehr als die Hälfte der befragten Ärzte betrachtet Forderungsausfälle als unvermeidlich und unternimmt routinemäßig keine Schritte, um sich dagegen abzusichern. Das Ausfallvolumen hat eine relativ große Spannbreite: 5,5 Prozent der Befragten beklagen einen jährlichen Zahlungsausfall von über 5.000 Euro. Etwa ein Viertel verliert jährlich zwischen 1.000 und 5.000 Euro. Rund die Hälfte der Ärzte beziffert ihre jährlichen Außenstände im Volumen unter 1.000 Euro. 16,2 Prozent der Ärzte haben keine oder nur sehr geringe Zahlungsausfälle bei Privateleistungen zu beklagen.

MEHR INFOS:

<http://www.stiftung-gesundheit.de>

■ Neues Internetportal zu IGeL-Leistungen

Seit Mitte Februar können sich Versicherte über Nutzen und Schaden von individuellen Gesundheitsleistungen auf einem eigenen Internetportal informieren. Unter www.igel-monitor.de erhalten sie wissenschaftlich fundierte Bewertungen zu sogenannten Selbstzahlerleistungen. Entwickelt wurde die nichtkommerzielle Internetplattform vom Medizinischen Dienst des GKV-Spitzenverbandes (MDS). Für den IGeL-Monitor ist ein interdisziplinäres Team aus den Bereichen Evidenzbasierte Medizin und Öffentlichkeitsarbeit zuständig. Redakteur des IGeL-Monitors ist der freie Medizinjournalist Dr. Christian Weymayr. Inhaltlich unterstützt wird das Projekt außerdem durch externe Wissenschaftler.

Der IGeL-Monitor verfolgt zwei Ziele: Zum einen möchte er generell über den IGeL-Markt und seine Akteure aufklären. Zum anderen möchte er laut eigenen Angaben einzelne IGeL wissenschaftlich fundiert bewerten, um Versicherte in die Lage zu versetzen, sich für oder gegen die IGeL zu entscheiden. Der IGeL-Monitor soll das Angebot anderer ergänzen. Ein weiteres Ziel ist es, dem Versicherten zu mehr Autonomie zu verhelfen und ihn vor möglichen Schäden zu bewahren. Aus Sicht des GKV-Spitzenverbandes geht es bei den IGeL-Leistungen vorrangig um wirtschaftliche Interessen von Ärzten und nicht um notwendige medizinische Leistungen für Kranke.

MEHR INFOS:

<http://www.igel-monitor.de/>

■ Jahreswirtschaftsbericht: 2012

Im Januar ist der Jahreswirtschaftsbericht 2012 erschienen. Nach Einschätzung der Bundesregierung wird die deutsche Wirtschaft 2012 nur leicht zulegen. Gerechnet wird mit einem leichten Plus von 0,7 Prozent. Trotz der erwarteten Konjunkturabkühlung rechnet die Bundesregierung mit einer Fortsetzung der positiven Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt. Die Prognosen der Bundesregierung kommen zum Ergebnis, dass die Zahl der Erwerbstätigen 2012 um 220 000 auf 41,3 Millionen Personen stei-

gen wird. Die Arbeitslosenquote wird danach von 7,1 auf 6,8 Prozent sinken. Dieses ist der niedrigste Wert seit 20 Jahren. Zuletzt hatte die Bundesregierung für 2012 noch ein Wachstumsplus von einem Prozent erwartet. Die Regierung bleibt mit der jetzt erfolgten leichten Korrektur nach unten dennoch etwas optimistischer als viele Ökonomen. Diese haben im Schnitt ein Plus von nur noch 0,5 Prozent für das laufende Jahr vorausgesagt.

Um die Arbeits- und Beschäftigungsfähigkeit der Arbeitnehmer im gesamten Erwerbsverlauf zu fördern, sollen die Unternehmen u. a. die betriebliche Gesundheitsförderung ausbauen. Zum Thema Pflegeversicherung kündigt die Bundesregierung im Jahreswirtschaftsbericht an, die Pflegeversicherung weiter entwickeln zu wollen und die Arbeiten für den Pflegebedürftigkeitsbegriff im Laufe dieser Legislaturperiode abzuschließen.

MEHR INFOS:

<http://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/Publikationen/jahreswirtschaftsbericht-2012>

■ Fünfter Pflegebericht der Bundesregierung

Anfang Januar hat die Bundesregierung den fünften »Bericht über die Entwicklung der Pflegeversicherung und den Stand der pflegerischen Versorgung« in Deutschland vorgelegt. Der Bericht gibt einen Überblick und Detailinformationen über die Situation der Pflegeversicherung, insbesondere über die Zahl der Leistungsbezieher sowie die Auswirkungen der Pflegeversicherung auf die Pflegeinfrastruktur und andere Bereiche der pflegerischen Versorgung und Betreuung in den Jahren 2007 bis 2010. Der Bericht ist auch im Hinblick darauf von Interesse, da mit dem 2008 verabschiedeten Pflege-Weiterentwicklungsgesetz zahlreiche Neuerungen in das SGB XI, wie z. B. die Pflegeberatung, Pflegestützpunkte und neue Instrumente der Qualitätssicherung, aufgenommen worden sind.

MEHR INFOS:

<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/16/077/1607772.pdf>

■ Berufskrankheitenbericht 2010

Im Dezember hat die Bundesregierung ihren Bericht über den »Stand von Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit und über das Unfall- und Berufskrankheitengeschehen in der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 2010« vorgelegt. Der Bericht bietet neben grundlegenden arbeitsweltbezogenen Daten zu Bevölkerung und Erwerbstätigkeit insbesondere Daten der Unfallversicherungsträger zu Arbeits- und Wegeunfällen und Berufskrankheiten. Darüber hinaus werden auch das Verrentungsgeschehen und Arbeitsunfähigkeitsdaten analysiert. Abgeleitet aus letzteren werden volkswirtschaftliche Kosten der krankheitsbedingten Arbeitsunfähigkeit abgeschätzt. Weitere Daten zu den Unfallversicherungsträgern und zur Gewerbeaufsicht runden den Überblick über die Entwicklungen im Arbeits- und Gesundheitsschutz ab. Zusätzlich werden Daten aus der Schülerunfallversicherung ausgewertet. Der aktuelle Bericht befasst sich schwerpunktmäßig mit dem Öffentlichen Dienst.

Eine wichtige Entwicklung ist, dass es im Vergleich zu 2009 einen Anstieg der Zahl der meldepflichtigen Arbeitsunfälle um 7,3 Prozent. Auch bei den tödlichen Arbeitsunfällen hat es einen deutlichen Anstieg um 7,3 Prozent gegeben. Eine Ursache für die im Vergleich zum Vorjahr gestiegenen Unfallzahlen könnten die höheren Erwerbstätigenzahlen sein. Am deutlichsten war der Anstieg der Wegeunfälle (+25,0 Prozent auf 226.554 Unfälle). Dies wird auf das schnee- und eisglatte Winterwetter zurückgeführt. Trotz der gestiegenen Zahlen sieht die Bundesregierung keine Umkehr des langjährigen Trends mit abnehmenden Unfallzahlen. Allerdings müssten weiterhin verstärkte Anstrengungen unternommen werden, um das bestehende Niveau von Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit in Deutschland unternommen werden.

MEHR INFOS:

<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/083/1708313.pdf>

■ Leichte Bevölkerungszunahme 2011

Das Statistische Bundesamt (Destatis)

geht davon aus, dass im Jahr 2011 in Deutschland erstmals die Einwohnerzahl leicht gestiegen ist. Nach acht Jahren Bevölkerungsrückgang wäre dies der erste Anstieg. Am Jahresende lebten voraussichtlich über 81,80 Millionen Personen und damit deutlich über 50 000 Personen mehr als im Vorjahr in Deutschland. Ursache hierfür sind die hohen Wanderungsgewinne gegenüber dem Ausland: Erstmals nach 2002 können sie das Geburtendefizit – die Differenz aus Geburten und Sterbefällen – mehr als ausgleichen. Für das Jahr 2011 wird mit 660 000 bis 680 000 lebend geborenen Kindern und mit 835 000 bis 850 000 Sterbefällen gerechnet. Daraus wird sich voraussichtlich ein Geburtendefizit von etwa 170 000 bis 185 000 ergeben. 2010 betrug es 181 000; den 859 000 Sterbefällen standen 678 000 Geburten gegenüber. 2011 sind der Schätzung zufolge mindestens 240 000 Personen mehr aus dem Ausland zugezogen als ins Ausland fortgezogen. Einen vergleichbar hohen Wanderungsgewinn gab es zuletzt 2001. Im Jahr 2010 lag er bei 128 000. Großen Anteil an dieser positiven Entwicklung der Wanderungsergebnisse haben die Zuzugszahlen aus den im Jahr 2004 der Europäischen Union beigetretenen Staaten, vor allem aus Polen. Seitdem seit Mai 2011 für sie die vollständige Arbeitnehmerfreizügigkeit gilt, ziehen pro Monat durchschnittlich mehr als 28 000 Personen aus diesen EU-Staaten zu. In den ersten vier Monaten 2011 waren es nur rund 15 000. Der Anteil der Zuzüge aus diesen Ländern an der Gesamtzuwanderung hat sich dadurch von etwa einem Viertel auf knapp ein Drittel erhöht.

MEHR INFOS:

<http://www.destatis.de/>

■ Alle 48 Sekunden ein Kind

Etwa 1.800 Kinder, so informierte das Statistische Bundesamt jüngst in seiner Veröffentlichung »Geburten in Deutschland«, werden an einem Februarstag durchschnittlich geboren, also alle 48 Sekunden ein Kind. Damit gehört der Februar zu den eher geburtenstarken Monaten. Die geburtenstärksten sind Juli, August und September. Doch weniger diese saisonalen Schwankungen sind für Politik und Gesellschaft interessant, als die Stärke eines Jahrgangs und

der Trend der Geburtenentwicklung. Ob es um Kitas, Schulen, Ausbildung- und Studienplätze, die Entwicklung des Arbeitskräftepotenzials oder die Rentensicherung geht – die Geburtenentwicklung ist eine zentrale Kenngröße für die Planung von Infrastruktur und Sicherungssystemen. Zahlreiche Daten hierzu liefert das Statistische Bundesamt. In der jüngsten Veröffentlichung geht es aber nicht allein um die aktuellen Geburtenzahlen, sondern auch um Zeitvergleiche und um die Bedingungen, in die die Kinder hineingeboren werden, etwa den Familien- und Bildungsstand der Eltern, die Zahl der Geschwister, die Erwerbsbeteiligung der Mütter oder die Staatsangehörigkeit der Eltern. Und damit das Bild rund wird, wird gleich auch Kinderlosigkeit thematisiert und analysiert, welche Frauen eher kinderlos bleiben. Abschließend wird ein vergleichender Blick auf Europa und die Welt geworfen. Interessant: Deutschland ist das einzige Land, in dem das Niedrige Geburtniveau um ca. 1,4 Kinder je Frau bereits seit fast 40 Jahren zu beobachten ist. Vielleicht lohnt ein Blick auf die Infrastruktur und Familienförderung in anderen Staaten: Die nord- und westeuropäischen Staaten zumindest weisen stabil ein höheres Geburtniveau als Deutschland auf.

MEHR INFOS:

<http://www.destatis.de>

■ Krankenhaus Barometer 2011

Das Deutsche Krankenhausinstitut (DKI) führt jährlich eine Repräsentativbefragung bei deutschen Krankenhäusern zu aktuellen gesundheits- und krankenhauspolitischen Themen durch. An der Umfrage zum Krankenhaus Barometer 2011 haben sich 272 Krankenhäuser beteiligt. Wesentliche Ergebnisse sind:

- Insgesamt erzielten 68% der Krankenhäuser einen Jahresüberschuss in 2010. 11% der Einrichtungen hatten ein ausgeglichenes Ergebnis und 21% haben einen Fehlbetrag ausgewiesen. Nach diesen Angaben ist das Jahresergebnis im Jahr 2010 im Vergleich zu 2009 in 46,1% der Krankenhäuser gestiegen. Für 2011 erwartet nur noch etwa jedes zweite Krankenhaus einen Jahresüberschuss.

- 37,2% der Krankenhäuser haben Probleme, offene Stellen im Pflegedienst zu besetzen. Im Vergleich zum Jahr 2009 (16,2%) hat sich der Anteil betroffener Krankenhäuser mehr als verdoppelt.
- 70% der Krankenhäuser erklären »immer« ein standardisiertes MRSA-Aufnahme-Screening bei ihren Patienten durchzuführen.

MEHR INFOS:

<http://www.dki.de>

■ Zweiter Evaluationsbericht zum Mammographie-Screening

Im Rahmen des Deutschen Krebskongresses legte die Kooperationsgemeinschaft Mammographie Mitte Februar ihren zweiten Evaluationsbericht vor. Dieser bezieht sich auf den Auswertungszeitraum 2008–2009. In dieser Zeit war die Einführung des Mammographie-Screening-Programms weitgehend abgeschlossen und viele Frauen nahmen bereits zum zweiten Mal am Screening teil. Deshalb enthält der Bericht erstmalig auch Ergebnisse für diese Folgeuntersuchungen.

30 Prozent aller in der Screening-Erstuntersuchung entdeckten invasiven Karzinome sind kleiner als 10 Millimeter. Bei bereits schon einmal gescreenten Frauen sind es 35 Prozent. Zum Vergleich: Vor dem Screening waren dies nur 14 Prozent. Die prognostisch ungünstigeren größeren Tumore (größer als 2 Zentimeter) hingegen machen im Screening nur noch 23 Prozent (Erstuntersuchung) sowie 19 Prozent (Folgeuntersuchung) aller entdeckten invasiven Karzinome aus, während dies vor dem Screening noch gut 40 Prozent waren. Bei acht von 1.000 Frauen wird in der Erstuntersuchung Brustkrebs entdeckt. Die Brustkrebsentdeckungsrate, ebenfalls ein definierter Leistungsparameter in der Evaluation, sinkt erwartungsgemäß in der Folgerunde auch im deutschen Programm auf fünf bis sechs von 1.000 Frauen. Jährlich erkranken über 59.000 Frauen in Deutschland neu an Brustkrebs (Robert Koch-Institut 2010); rund 17.000 Frauen sterben jedes Jahr daran. Damit ist das Mammarkarzinom der häufigste bösartige Tumor bei Frauen. Mit zunehmendem

Alter steigt das Risiko, an Brustkrebs zu erkranken. Das 2005 eingeführte Mammographie-Screening-Programm wird seit Ende 2009 flächendeckend von 94 Screening-Einheiten angeboten. Jede Frau in Deutschland zwischen 50 und 69 Jahren hat alle zwei Jahre Anspruch auf eine Mammographie-Untersuchung. Etwa jede zweite Frau – rund 54 Prozent – nimmt dieses Angebot zur Früherkennung von Brustkrebs im qualitäts-sicherten Mammographie-Screening-Programm wahr.

MEHR INFOS:

<http://www.mammo-programm.de>

■ Tätigkeitsbericht 2011 des Bundessozialgerichts

Zu Beginn eines jeden Jahres erstattet das Bundessozialgericht einen Bericht über seine Tätigkeit im Vorjahr. Der Tätigkeitsbericht enthält neben Statistiken auch inhaltliche Informationen zur Rechtsprechungstätigkeit des Gerichts. Das Bundessozialgericht berichtet, dass der hohe Geschäftsanfall der vergangenen Jahre sich auch im Jahr 2011 fortgesetzt hat. Mit insgesamt 3.297 Neueingängen wurden danach die Zahlen des Jahres 2010 (3.110) und sogar die des »Spitzenjahres« 2009 (3.225) übertroffen. Im Bereich der Revisionen und Nichtzulassungsbeschwerden war gegenüber 2010 eine deutliche Zunahme festzustellen (+ 6,9 %). Da in diesem Bereich die Anzahl der Neueingänge (2.627) die der Gesamterledigungen (2.613) überstieg, kam es zu einer leichten Zunahme des Bestandes von 990 am Jahresanfang auf 1004 (+ 1,4 %) zum Jahresende

MEHR INFOS:

<http://www.bsg.bund.de>